

“VIVANT: Für Vernunft und Zukunft!”

VIVANT-Programm für die Deutschsprachige Gemeinschaft – 6. September 2004

A. Übersicht

1. *Allgemeine Überlegungen*
2. *Kassensturz:*

In Kenntnisnahme der tatsächlichen finanziellen Lage der DG, d.h. Vermögenswerte(?), gesicherte jährliche Einnahmen, laufende Ausgaben und aktuelle Verschuldung sowie die zukünftig zu erwartende Schuld (Leasingverfahren!)
3. *Prioritätenliste auf der Ausgabenseite in der Reihenfolge:*
 - a. Das Unterrichtswesen und die berufliche Ausbildung
 - b. Die Gesundheitsfürsorge und die Pflegeeinrichtungen
 - c. Die Beschäftigung und die Landwirtschaft unter dem Aspekt der ökologisch-ökonomischen Konvergenz
 - d. Das Soziale Wohnungswesen
 - e. Das allgemeine Infrastrukturprogramm
 - f. Kultur und Sport
4. *Steigerung der Einnahmen*
 - a. Die Refinanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in gleicher Höhe wie für die Französischsprachige Gemeinschaft: Das ist bisher immer noch nicht der Fall!
 - b. Die finanzielle Rücküberweisung an die DG durch die Provinz: idem!
5. *Verringerung der Ausgaben*
 - a. Progressiver Abbau der Ministerposten bis auf einen Gemeinschaftsminister **und Stellvertreter**
 - b. Generelle Neubewertung und zeitliche Streckung der verzichtbaren allgemeinen Infrastrukturprojekte.
 - c. Revision und eventuelle Straffung von aktuellen Dienstleistungsprojekten gemäß dem tatsächlichen Ergebnis und der objektiven Notwendigkeit.
 - d. Koordination aller Arbeiten durch die verschiedenen Dienste bei öffentlichen Projekten
6. *Verschiedene Politikbereiche:*
 - a. Rundfunk und Fernsehen
 - b. Frauen- und Familienpolitik

B. Im Einzelnen

1. Allgemeine Überlegungen

Damit morgen unsere Kinder und Enkelkinder ihr Leben in Freude und Sicherheit führen dürfen, genauso wie wir es bisher konnten, ist jetzt ein maßvoller Umgang mit unseren finanziellen und natürlichen Ressourcen unerlässlich!

Erklärtes Ziel unseres Programms für den Rat bzw. für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist deshalb der progressive Abbau des inzwischen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angehäuften großen Schuldenberges.

Eine Neuverschuldung wird es mit VIVANT nur im Falle einer außergewöhnlichen Notsituation geben!

Das bedeutet, dass für die laufende Legislaturperiode die Summe der Einnahmen die Summe aller Ausgaben übersteigen muss, damit zum Ende eines jeden Rechnungsjahres ein angemessener Betrag zur Schuldentilgung übrig bleibt.

Fast 4000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hängen finanziell direkt oder indirekt von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab. Somit ist die DG in Ostbelgien auch ein bedeutender Arbeitgeber. Um vor diesem Hintergrund das Ziel der Schuldentilgung zu erreichen, verlangt VIVANT-Ostbelgien, dass unnötige Strukturen und **Mehrfachangebote bei den Ministerien** abgebaut werden. Dadurch wird auch der notwendige finanzielle Spielraum entstehen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Verwaltung der DG den Verhältnissen in den anderen Gemeinschaften Belgiens anzupassen. In diesem Zusammenhang unterstützt VIVANT-Ostbelgien die Forderung nach integraler Umsetzung des inter- sektoriellen Abkommens der öffentlichen Dienste 2001/2002, die Aufwertung des Lehrerberufes zur Qualitätssicherung des Unterrichtswesens, sowie die zügige Ausführung bestehender Abkommen (Abkommen 2000-2006, Sektorenabkommen).

VIVANT-Ostbelgien wird sich bemühen, die großen Zielsetzungen von VIVANT , auch auf der Ebene der DG, soweit wie möglich einzubringen. Obschon die wesentlichen Programmpunkte, d.h. der Wechsel von der Besteuerung der Personen hin zur Besteuerung von Produkten und das bedingungslos gezahlte Basiseinkommen in der föderalen bzw. sogar in der europäischen Kompetenz liegen, so können doch, selbst auf der Ebene der DG, wichtige Impulse zu mehr Respekt vor der Würde des einzelnen Menschen und zu mehr Lebensqualität gegeben werden.

Als erste Etappe befürwortet VIVANT-Ostbelgien, in Form eines Pilotprojektes in der DG, die **Zahlung eines Basiseinkommens an Kinder erziehende Hausfrauen**, welche nicht über ein eigenes berufliches Einkommen verfügen, sowie **an Studenten und Auszubildende**. Ein weiterer wichtiger Programmpunkt der Bewegung/Partei VIVANT ist das Referendum als Gesetz gebender **Volksentscheid**. Hiermit erhält die Bevölkerung die Möglichkeit, auch während der Legislaturperioden, in wichtigen Fragestellungen, als oberster Entscheidungsträger aufzutreten. Auch in Ostbelgien bekennt sich VIVANT zu dieser Überzeugung und fordert deshalb, dass der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft diese Maßnahme offiziell in seine Richtlinien integriert. Anders als bei einer Volksbefragung, welche von der Regierungsebene ausgeht, liegt die Initiative des Volksentscheids also bei den Bürgerinnen und Bürgern selber. Die Bedingungen und Modalitäten müssen dann vom Rat der DG festgelegt werden.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wirkt seit jeher als kleines aber effektives Bindeglied im Föderalstaat Belgien. Angesichts der separatistischen Bemühungen gewisser Gruppierungen, und solange kein effektives "Europa der Regionen" eingerichtet ist, wird sich VIVANT-Ostbelgien intensiv um den Zusammenhalt des belgischen Staates bemühen. Gerade die kulturelle Vielfalt, bzw. die Dreisprachigkeit Belgiens ist ein Mehrwert, den wir verteidigen wollen. Wir können und wollen in diesem Bemühen auch die wichtige Brückenfunktion der DG hin zum deutschsprachigen europäischen Ausland mittragen.

2. Kassensturz

Zum Erreichen des zum Ziel gesetzten Schuldenabbaus ist eine vollkommen exakte Auflistung aller Aktiva und Passiva – insbesondere auch die Kenntnis der zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen durch die über Leasingverfahren eingegangenen Verpflichtungen - unerlässlich. Des Weiteren müssen auch die langfristigen finanziellen Auswirkungen des Statuts der in der DG Beschäftigten berücksichtigt werden.

3. Die Prioritätenliste

Damit das beschlossene Budget-Programm verwirklicht werden kann, müssen vorrangig die verschiedenen Ausgabenbereiche, gemäß ihrer tatsächlichen Unabdingbarkeit, geordnet werden. VIVANT erkennt die höchste Priorität in den Bereichen Erziehung und Ausbildung, Gesundheitsfürsorge und Sozialwesen, sowie im Umweltbereich.

Für VIVANT muss das allgemeine Infrastrukturprogramm gemäß den finanziellen Möglichkeiten, neu, und auch im Sinne einer ökologisch-ökonomischen Konvergenz geordnet werden.

a. Das Unterrichtswesen und die berufliche Ausbildung:

Politische Weisungsbefugnis:

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat seit jeher im Bereich der Bildung große finanzielle Anstrengungen unternommen: VIVANT bekennt sich uneingeschränkt zu dieser Tradition und ist gewillt die somit berechtigten Weisungsbefugnisse wahrzunehmen.

Ganz im Sinne des von VIVANT angenommenen Budgetzieles ist laufend zu prüfen, inwieweit das bestehende Grundschuldekret in der DG weitere Anwendung in Form von sinnvollen Fusionen finden muss. Das gilt, angesichts der zu erwartenden sinkenden Schülerzahlen auch für das Sekundarschulwesen.

Generell ist darauf zu achten, dass die für das Unterrichtswesen an die DG überwiesenen Gelder auch integral für das Unterrichtswesen und für die Ausbildung verwendet werden und nicht teilweise andere Bereiche mitfinanzieren.

In Bezug auf den eigentlichen Schulbetrieb sollte die Politik demgegenüber nur als Vorgeber von Unterrichtszielen handeln, die Wahl der Instrumente zum Erreichen der Ziele sollte den Schulen (Lehrkörper und Eltern) weitgehend überlassen bleiben. Davon unberührt bleibt die Pflicht des Ministeriums bzw. des Rates der DG sowohl die fachliche aber auch die menschliche Qualität der Unterrichtsvermittlung zu überwachen: Es gilt nicht nur Eliteschüler zu fördern, sondern auch weniger Begabten den Weg zu weiterführenden Studien bzw. in die verschiedenen Berufe zu ermöglichen.

Sprachen- und Bürgerkundeunterricht

VIVANT legt größten Nachdruck auf das Erlernen der Landessprachen und von Fremdsprachen, hierbei in der DG insbesondere das Erlernen der französischen Sprache, welche für VIVANT, genauso wie die deutsche Sprache, immer ein durchgehendes Pflichtfach mit der gleichen hohen Stundenzahl für beide Sprachen bleiben muss. Die niederländische und die englische Sprache sollten ebenfalls jedem Schüler verpflichtend nahe gebracht werden.

VIVANT spricht sich hierbei, so wie für alle Lernziele, für die Erarbeitung verlässlicher Leistungsstandards aus. Sprachen spielend lehren und lernen sollte auch intensiver als bisher während der Kindergartenjahre genutzt werden.

In Bezug auf das im März 2004 verabschiedete Sprachendekret wünscht VIVANT-Ostbelgien die Berücksichtigung und Anwendung der Beschlüsse durch den Ausschuss für Sprachengebrauch im Unterrichtswesen vom 14.04.1999, insbesondere die damals formulierten und vom Rat der DG einstimmig verabschiedeten 20 Kernaussagen.

Es gilt auch zu prüfen, in wie weit der Sachunterricht in französischer Sprache auf Wunsch des Schulkollegiums und der Elternschaft finanziell verträglich erhalten werden kann.

VIVANT unterstützt den Antrag des Rates der Deutschsprachigen Jugend zwecks Einführung eines Bürgerkundeunterrichts im Sekundarschulwesen ab der 4. Sekundarklasse bzw. dann intensiver in der 5. und 6. Sekundarstufe. Das Gleiche sollte auch für einen intensiven Umweltkunde-Unterricht gelten.

Vernetzung der Angebote:

Zur Verbesserung des Angebots und der Qualität des Unterrichts sowie zur Kostenersparnis befürwortet VIVANT eine wo immer mögliche Vernetzung innerhalb der Gemeinschaft aber auch in Kooperationsabkommen mit der wallonischen und der flämischen Gemeinschaft sowie den Schulen der Nachbarländer. Es ist stets Sorge zu tragen, dass die zuerkannten Geldmittel auch tatsächlich zweckdienlich verwendet werden. Neben der Prüfung von sinnvollen Fusionen, muss die Kooperation zwischen Schulen, auch von Schulen in unterschiedlicher Trägerschaft, voll und ganz gewährleistet werden. Jedwede finanzielle Diskriminierung, auch in Bezug auf die Infrastrukturmaßnahmen, unter einzelnen Schulen verschiedener Träger muss unterbleiben bzw. abgebaut werden.

Berufliche Ausbildung:

VIVANT setzt sich dafür ein, dass die berufliche Ausbildung insgesamt aufgewertet wird. Weil die Anzahl der Auszubildenden in Zukunft auch in der DG deutlich zurückgehen wird, und also weniger Arbeitnehmer zur Verfügung stehen werden, muss Wert auf ihre noch bessere Qualifikation gelegt werden.

Die Ausbildung darf nicht am Bedarf der Betriebe vorbei durchgeführt werden. Es muss ein bestmögliches Zusammenwirken von mittelständischer Ausbildung und theoretischem Unterricht angestrebt werden.

Zum Erreichen einer hoch qualifizierenden Ausbildung muss insbesondere auf die ständige Fortbildung der Lehrkräfte und die dazu geeigneten Anreize großer Wert gelegt werden.

Neben der ständigen Weiterbildung der Lehrkräfte ist auch deren sehr gute Erstausbildung von entscheidender Bedeutung.

Drogenbekämpfung:

Im Bereich der Drogenbekämpfung orientiert sich VIVANT an den wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen, wonach **vor allem Nikotin** die gefährlichste, weil am schnellsten abhängig machende Droge für Kinder und Jugendliche ist. Deshalb spricht sich VIVANT für ein generelles Rauchverbot in allen von der Gemeinschaft finanzierten Schulen aus, und zwar sowohl für die Schüler und Schülerinnen als auch für das Lehrpersonal. Die Freiheit des Einzelnen muss dort aufhören, wo sie Anderen Schaden zufügt. Parallel zum Verbot des Rauchens verlangt VIVANT eine finanzielle Unterstützung für Programme zur Raucherentwöhnung an den Schulen sowie zu der hierzu notwendigen Gruppen- oder auch individuellen Betreuung. Im Zusammenhang mit der Drogenbekämpfung werden wir uns auch auf regionaler und föderaler Ebene für die Anwendung des VIVANT- Programms einsetzen, wonach Gesundheitsgefährdende Stoffe (Tabak, Alkohol) eine drastische Steuererhöhung erfahren müssen.

b. Die Gesundheitsfürsorge und die Pflegeeinrichtungen:

Auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft gilt, gemäß dem VIVANT- Programm, die **Priorität der Vorbeugung von Erkrankungen vor ihrer Behandlung**. Deshalb sollen alle Möglichkeiten der Erwachsenenbildung und Information zu diesem Zweck, auch über die vorhandenen Medien, voll ausgeschöpft werden. Solange die provinziellen Zuständigkeiten noch nicht an die Gemeinschaft übertragen sind- wobei diese Übertragung erklärtes Ziel von VIVANT ist-, muss in diesem Bereich eine enge Kooperation mit der Provinzialregierung gesucht werden.

Die zentralen Säulen im VIVANT - Konzept bei der Krankheitserfassung und der Behandlung sind einerseits die **hausärztliche Betreuung** und andererseits die **stationäre Behandlung in unseren lokalen Krankenhäusern in Eupen und in St.Vith**.

VIVANT wird sich deshalb mit Überzeugung für den sinnvollen Ausbau und den Unterhalt unserer beiden deutschsprachigen Krankenhäuser einsetzen. Das bedeutet insbesondere, dass sich VIVANT-Ostbelgien, zusammen mit den Krankenhausträgern und den entsprechenden Führungskräften dieser Institutionen sowie mit allen interessierten und gleich gesinnten Organisationen (Politische Parteien, Krankenkassen, Gewerkschaften, Verbände) mit großem Nachdruck bei der wallonischen und der föderalen Regierung für eine identische Finanzierung der privaten wie der öffentlich - rechtlichen Krankenhäuser einsetzen wird. So ist ganz konkret der "plan Tonus" durch die wallonische Regierung mit 140 M€ einseitig nur für die öffentlichen Krankenhäuser des Südens nicht akzeptabel!

Das Argument der öffentlichen Krankenhäuser, sie würden eine größere Anzahl "armer" Patienten stationär behandeln müssen, wurde durch die jüngste Erhebung der christlichen Krankenkassen eindeutig widerlegt, welche zeigt, dass Zweidrittel der wirtschaftlich-sozial schwachen Mitbürger in den privaten Krankenhäusern behandelt werden. Zu Recht wird deshalb von Letzteren, neben der korrekten Finanzierung des Behandlungsauftrags, auch eine enge Kooperation zwischen den verschiedenen Krankenhäusern zum Wohle der Patienten angeregt.

Gemäß der einstimmigen Aussage aller Meinungsträger in der DG ist das im Aufbau befindliche Notarztwesen in der DG in unserem ländlichen Gebiet mit seinen bekannt langen Anfahrtswegen unbedingt zu erhalten und auszubauen. Die gesetzliche Bestimmung, welche das Notarztwesen an die Krankenhäuser gebunden und kostenträchtige personelle Änderungen eingeführt hat, bewirkt einen zusätzlichen, nicht gerechtfertigten Kostendruck sowohl für die beiden Krankenhäuser als auch für die tragenden Gemeinden.

VIVANT Ostbelgien vertritt deshalb die Auffassung, dass sich auch die DG substantiell am finanziellen Defizit dieses Dienstes beteiligen muss. Prinzipiell ist es die Aufgabe der Regierung der

DG dafür zu sorgen, dass der besonderen Situation unserer Krankenhäuser bei föderalen, kostenträchtigen Bestimmungen, bereits im Vorfeld, Rechnung getragen wird!

VIVANT erkennt ebenfalls einen Handlungsbedarf im Bereich der Notfälle in den kleinen Spezialitäten, d.h. **Notfälle in der Augenheilkunde, Im Hals-Nasen-Ohrenbereich und zahnärztliche Notfälle**. Hier sollte eine gemeinsame Lösung für alle Gemeinden der DG gefunden werden.

Im Bereich der **Altenheime** ist eine stärkere Aufmerksamkeit auf die Situation der alten Menschen, z.B. in finanzieller Hinsicht, zu richten.

Die **Ausbildung in der Altenpflege** sollte auch so wie die Krankenpflege eine angemessene Spezialisierung erfahren.

Durch die erhebliche Verringerung der Lohnkosten wird das VIVANT – Programm gerade im Kranken- und Altenpflegebereich, über eine Mehreinstellung von Pflegekräften, die Rückkehr zur Pflege des kranken bzw. alten Menschen selber, im Gegensatz zur heute oft erzwungenen Pflege über die Apparate, ermöglichen.

VIVANT befürwortet im Bereich der Altenpflege ebenfalls den längstmöglichen Verbleib der alten Menschen in ihrer eigenen Wohnung (Eudomos, W.S. 31/07/02) . Oft ist auch der Umzug von Alleinstehenden und Paaren in kleinere und zentraler gelegene Wohnungen zu unterstützen.

Es wurde errechnet, dass ca. 20% der betagten Menschen ein Alten- und Pflegeheim in Anspruch nehmen müssen. VIVANT hat diesbezüglich berechtigte Bedenken in Bezug auf die Effektivität der oft empfohlenen allgemeinen Pflegeversicherung und befürwortet auch auf diesem Gebiet das Prinzip des Selbsthilfesystems: Alle sollten in der Periode zwischen Ausbildung und Pensionierung ein genügend hohes Einkommen erzielen können um später selber eine eventuell notwendige Altenpflege bezahlen zu können. Des Weiteren sollten noch rüstige ältere Menschen die Möglichkeit zur weiteren Betätigung behalten, ohne dass dadurch die Rente gekürzt oder gestrichen werden kann.

In Bezug auf die Arbeitnehmer - Vertretung im Krankenhausbeirat der D.G. fordert VIVANT die Wiedereingliederung der Arbeitnehmervertreter in diesen Beirat.

c. Die Beschäftigung und die Landwirtschaft:

Nach Übernahme des Zuständigkeitsbereiches “Beschäftigung“ von der Wallonischen Region hat die jetzige Regierung der DG, neben dem bereits bestehenden Arbeitsamt, eine neue, parallele ministerielle Struktur für diese Aufgabe geschaffen: Dies ist nach Auffassung von Experten und Betroffenen der Materie eine Verschwendung von Steuergeldern und muss rückgängig gemacht werden. VIVANT-Ostbelgien wird sich deshalb dafür einsetzen, dass das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in der Selbstverwaltung der Sozialpartner, wieder der zentrale, maßgebliche Akteur im Bereich der Beschäftigung wird.

- VIVANT setzt sich für die Schaffung von neuen Arbeitsstellen im Dienstleistungs- und Non -Profit Sektor ein. In diesem Bereich besteht Handlungsbedarf für die DG auf Grund des angekündigten Wegfalls der Subsidien aus dem Europäischen Sozial-Fond.

- Mit einer **wesentlichen Verringerung der Lohnnebenkosten** und ohne Verringerung der Löhne und Gehälter, so wie VIVANT es in seinem Programm vorsieht, und wie es möglicherweise durch die Zusammenarbeit mit anderen Parteien schon bald verwirklicht werden kann, wird ein wesentlicher Schritt zur Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen, der Gewerbetreibenden, inkl. dem HOREKA - Sektor, und der landwirtschaftlichen Familienbetriebe erreicht, so dass dann Kapazitätserweiterungen, Investitionen und Neueinstellungen wieder zur Regel werden.

- Im Bereich der **Landwirtschaft** wird sich VIVANT-Ostbelgien mit großer Entschlossenheit für die Abschaffung des organisierten Unfugs einsetzen, welcher verlangt, dass einerseits die Landwirte Milliarden an europäischen Zuschüssen erhalten müssen, damit sie einen Teil ihrer Anbauflächen als Brachflächen liegen lassen, bisher in Europa 5,6 Millionen Ha. brachliegende Flächen, die Möglichkeit des Energiepflanzenanbaus auf diesen Flächen aber nicht wahrgenommen und auch nicht durch steuerliche Anreize gegenüber Mineralöl unterstützt wird, andererseits aber bedauert wird, dass die Energieversorgung in Belgien zu einem erheblichen Anteil von importiertem Mineralöl abhängt. Dieses Mineralöl wird mit Kriegen und vielen Milliarden an Steuergeldern für die militärische Präsenz erkaufte und zerstört dann bei seiner Verbrennung das Weltklima. Verrückter geht es nicht mehr!

Ganz aktuell ist die Existenzbedrohung Tausender bäuerlicher Familienbetriebe durch die geplante Preissenkung für Zuckerrüben von 37%, wodurch voraussichtlich zwei Drittel der Betriebe zur Aufgabe gezwungen werden. Gewinner dieser EU-Zuckermarktreform sind nicht die Verbraucher sondern die multinationalen Konzerne, die den Zucker preiswert in Südamerika herstellen. Durch eine Nutzung des hiesigen Zuckers zur Herstellung von Alkohol als Treibstoff würden unsere Landwirte eine zusätzliche Einkommensmöglichkeit erhalten und die Betriebe bleiben bestehen.

Auch gegen die Bestrebungen der Mineralölwirtschaft die Monopolstellung im Bereich der Biodieselherstellung auf Kosten der belgischen und ostbelgischen Landwirte zu erlangen, wird sich VIVANT- Ostbelgien, zusammen mit den Verbänden und Nicht-Regierungs-Organisationen, intensiv einsetzen.

VIVANT möchte das in der Landwirtschaft bestehende europäische Subventionschaos durch ein Grundeinkommen für alle in der Landwirtschaft Tätigen ersetzen, also auch für mitarbeitende Angehörige in den Familienbetrieben. Der Beschluss durch die Gemeinsame Agrar Politik (GAP) vom 20.06.2003 zur Entkopplung Einzelbetrieblicher Zahlungen von der Produktion ist ein zaghafter Schritt in diese Richtung. Das Ziel kann nur sein, die Landwirte über eine angemessene Vergütung der produzierten Nahrungsmittel und Biomasse-Produkte sowie für deren unverzichtbare Mitarbeit in der Landschaftspflege von den lähmenden Subventions- und Direktionsmechanismen einer ausufernden und das Geld verschlingenden Agrarmarktbürokratie zu befreien. Deshalb ist es auch unannehmbar, dass große Handelsketten Grundnahrungsmittel mit Dumpingpreisen als Lockmittel einsetzen (siehe die Trinkmilchaktion von Lidl und Aldi). Hierdurch kann die Existenzgrundlage unserer Landwirte stark gefährdet bzw. sogar zerstört werden.

Auf der Ebene der DG unterstützt VIVANT-Ostbelgien die Forderungen des Bauernbundes, welche in einem **Memorandum an die politischen Parteien** formuliert sind, im Einzelnen:

1. Die Einhaltung der Sprachengesetzgebung bezüglich Unterlagen und Formularen in der deutschen Sprache
2. Die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Betriebs- Beihilfsdienste in den Konventionen

3. Die drastische Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben für die Landwirte
4. Eine größere Klarheit und Vereinfachung der allgemeinen Regelungen betreffend Milchquoten, Raumordnung, Betriebskontrollen, usw.
5. Die Auszahlung der berechtigten Prämien und Zuschüsse ohne zeitliche Verzögerungen
6. Die Sicherstellung durch die DG der schulischen und nachschulischen Weiterbildung: Angesichts der großen Verantwortung der Landwirtschaft bei der Lebensmittelerzeugung und der daraus folgenden Weiterbildungspflicht, ist eine finanzielle Entschädigung für die entstehenden Arbeitsausfälle gerechtfertigt.

VIVANT befürwortet, dass die beiden ostbelgischen Bauernvertretungen, Bauernbund und Wallonischer Landwirtschaftsverband, bei der Vertretung der Interessen gegenüber der Wallonischen Region intensiv zusammenarbeiten, und dass die Kommissionen (z.B. Erhaltungskommission der Natura 2000) allen Landwirten der DG, unabhängig von ihrer Verbandzugehörigkeit, offen stehen sollten.

- VIVANT wird sich auf Gemeinschaftsebene ganz gezielt an Projekten beteiligen, welche eine ökologisch-ökonomische Konvergenz bewirken, und welche noch nicht von anderer Seite subventioniert werden, u.A. Renovierung und Wärmedämmung des Wohnbestandes, Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung mit den entsprechenden Nahwärmenetzen, optimale Nutzung der lokalen biologischen Rohstoffvorhaben, Solarstromgewinnung durch Biogasanlagen und Laufwasserkraftwerke, Unterstützung der Landwirtschaft und auch der Forstwirtschaft beim Ausbau der Biomasseerzeugung, etc.

- VIVANT will die Schaffung von Aufsichtsdiensten in den Gemeinden fördern.

d. Das Wohnungswesen:

VIVANT erkennt einen dringenden Handlungsbedarf im Bereich "Preiswertes Wohnen". Ein Beweis dafür ist die große Anzahl von Anfragen bei den sozialen Wohnungsagenturen, deren Arbeit grundsätzlich von politischer Seite unterstützt werden muss.

- VIVANT geht davon aus, dass die beste und preiswerteste Wohnung diejenige ist, die man selber besitzt. Deshalb fordert VIVANT zwecks Erwerb der eigenen Wohnung, bzw. des Eigenheims, Zins - vergünstigte Darlehen, die **Senkung der Erbschaftssteuer** und der Einregistrierungsgebühren, sowie die generelle **Streichung der Immobilien - Vorabzugssteuern**.

- In Bezug auf die Vermietung von Wohnraum bedarf die Steuergesetzgebung dringend einer Modernisierung. VIVANT schlägt die Schaffung eines Immobilien-Steuerkontos für jeden Vermieter vor: Alle Mieteinnahmen sind auf dieses Konto zu überweisen und monatlich mit einem einheitlichen Satz von 15% zu versteuern. Ein einfaches Kontrollsystem sollte ermöglichen, nicht vermietete spekulative Immobilien progressiv höher zu besteuern.

- Der soziale Wohnungsbau (NOS-BAU) sollte als eigenständiges Organ seine Entscheidungen jederzeit eigenständig auf Ebene der DG treffen können. Allerdings sollte dieses Organ den anderen im Wohnungswesen aktiven Diensten (z.B. die Soziale Wohnungsagentur (SWA) in Eupen, das ÖSHZ in Eupen und in St.Vith) angegliedert bzw. der zentralen Angebotsstelle angeschlossen werden. Es muss auch laufend geprüft werden, ob

das Anrecht auf eine Sozialwohnung noch gegeben ist (z.B. kinderlose Ehepaare) und auch welche dieser Kriterien z.T. neu festgelegt werden müssen.

- VIVANT befürwortet Initiativen der Öffentlichen Hand in Bezug auf Schaffung von neuer und qualitativ guter Wohnsubstanz auf gemeindeeigenen Grundstücken: Dadurch wird das Wohnungsangebot vergrößert und die Gemeinde kann einen direkten regulierenden Einfluss auf das Preisniveau ausüben.

- Die Initiative zur Förderung der Renovierung alter Bausubstanz zwecks anschließender sozialverträglicher Vermietung sollte von allen Parteien der DG unterstützt werden.

e. Das allgemeine Infrastrukturprogramm

In Zeiten allgemeiner Knappheit muss auch die öffentliche Hand äußerst sparsam mit den ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umgehen. Infrastrukturmaßnahmen, welche nicht unbedingt erforderlich sind, müssen stärker als bisher einer Prioritätenliste unterworfen werden. Dort wo finanziell weniger aufwendige Lösungen ebenfalls eine annehmbare Qualität des Projektes garantieren, sind diese Lösungen zu berücksichtigen, auch wenn dann bereits gefasste frühere Beschlüsse verändert werden müssen.

Es gilt immer und überall das Prinzip der Nullkreditaufnahme und der vermehrten Schuldentilgung.

f. Kultur und Sport

Die kulturellen Aktivitäten in Ostbelgien sind in ihrer Vielseitigkeit und Qualität inzwischen zu einem touristischen Gütesiegel geworden. Seit langer Zeit ist die DG hierbei ein großzügiger Sponsor. Auch VIVANT bekennt sich zur finanziellen Unterstützung der kulturellen Aktivitäten, wobei an Stelle von abgehobenen Großstadtprojekten eher die Menschen selber in ihrer kulturellen Betätigung in Chören, Theatergruppen, Musik- und Folklorevereinigungen usw. zu fördern sind. Natürlich muss die Höhe der Unterstützung stets den finanziellen Möglichkeiten der DG entsprechen. Ganz bewusst sollte die gemeinsame Nutzung bestehender Infrastrukturen im regionalen Grenzraum gesucht werden.

Eine sinnvolle sportliche Betätigung ist für Jeden wichtig, für Kinder und Jugendliche aber ganz wesentlich. Deshalb ist die Schaffung und der Unterhalt entsprechender Möglichkeiten und Angebote auch eine Aufgabe der politischen Vertreter der DG. Allerdings sollten vorrangig die Vereinigungen gefördert werden, welche ihr Angebot den eigenen Jugendlichen und ortsgebundenen Einwohnern zukommen lassen. Veranstaltungen und Aktivitäten die nur mit überregionalen Kräften möglich sind, sollten ihre Finanzierung nicht aus den Kassen der öffentlichen Hand, sondern von privaten und gewerblichen Geldgebern beziehen.

Die in Ostbelgien noch vielschichtige Ehrenamtlichkeit bei Kultur und Sport sollte intensiv gefördert und in der Öffentlichkeit immer die verdiente Anerkennung finden.

4. Steigerung der Einnahmen

Die Steigerung der Einnahmen ist ganz generell durch einen gerechteren Finanzrückfluss aus der Region und aus der Provinz zu erreichen:

- a. Die DG wird bei der Refinanzierung gegenüber der Französischsprachigen Gemeinschaft immer noch benachteiligt. Die Beendigung dieser Benachteiligung muss mit großem Nachdruck in Namur und in Brüssel eingefordert werden.
- b. Der finanzielle Rückführung an die DG durch die Provinz erfolgt ebenfalls nicht in angemessener Höhe: Auch an dieser Stelle darf es kein Nachlassen beim Einklagen berechtigter Forderungen geben. In einem zweiten Schritt ist die Übertragung der uns betreffenden Provinzzuständigkeiten mitsamt den entsprechenden Dotationen an die DG das erklärte Ziel von VIVANT-Ostbelgien.

5. Verringerung der Ausgaben

- a. VIVANT-Ostbelgien wird sich mit großer Entschlossenheit für einen progressiven **Abbau der Ministerposten bis auf eine Gemeinschaftsministerin bzw. Minister und eine stellvertretende Gemeinschaftsministerin bzw. Minister** einsetzen. **Dies ist unser Wahlversprechen.**

Begründung: VIVANT ist der Meinung, dass für eine Bevölkerungsgruppe von 70.000 Menschen ein Regierungsapparat, so wie er jetzt bereits aufgebaut wurde, übertrieben und angesichts der schon vorhandenen Verschuldung auch finanziell nicht zu verantworten ist. Die aktuelle Verwaltung der DG verfügt über ausreichende personelle Möglichkeiten und fachliche Kompetenzen um die Aufgaben der überfälligen Minister wahrzunehmen. Im Übrigen ist unseres Erachtens eine Re-Demokratisierung der politischen Instanzen dringend erforderlich: In Belgien und auch in den meisten europäischen Demokratien kann man beobachten, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen Legislative und Exekutive immer stärker zu Gunsten der Regierungen und deren Minister verschiebt, auf Kosten der vom Volk gewählten Vertreter. Die ganze Entscheidungskompetenz muss also wieder zurück an die Parlamente, die Minister sind ausschließlich die Ausführenden der im Parlament getroffenen Entscheidungen!

- b. Das **allgemeine Infrastruktur-Programm**, welches ja zu einem hohen Prozentsatz von der Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft abhängt, muss gemäß den finanziellen Gegebenheiten neu geordnet werden. Nur unabdingbare Arbeiten und Projekte können gemäß dem beschlossenen Finanzrahmen ohne Abänderungen zur Ausführung kommen. Das Dekret zur Bezuschussung von Infrastrukturmaßnahmen muss wieder auf seinen ursprünglichen Stand, d.h. 60% anstatt zum Teil 80% Bezuschussung, zurückgeschraubt werden!

Es gilt auch hier das übergeordnete Prinzip: Keine neuen Schulden sowie Abbau des angehäuften Schuldenberges.

- c. Alle **Dienstleistungsprojekte** müssen gemäß dem tatsächlichen Ergebnis und der objektiven Notwendigkeit überprüft werden, damit der bestehende Verwaltungskader in der Lage ist, die Aufgaben der betroffenen Ministerkabinette nach deren Abbau zu übernehmen, sowie eventuell neue Aufgaben bei der Übernahme von weiteren Kompetenzen durch die DG.
- d. Im Rahmen der **Übernahme der Gemeinderegie** muss, erneut aus Gründen der Kostenersparnis, bei der Ausführung von öffentlichen Arbeiten eine Koordination aller Arbeiten durch die verschiedenen Dienste gewährleistet werden.

6. Verschiedene Politikbereiche

a. Rundfunk und Fernsehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

VIVANT erkennt den Medien, Rundfunk und Fernsehen, in der DG eine große Bedeutung zu. Neben der Berichterstattung, der Information und der Unterhaltung ist auf politischer Ebene vor allem eine kritische, aber unparteiliche Begleitung der politischen Geschehnisse gefordert.

Um dies zu gewährleisten ist es unerlässlich, dass jede Möglichkeit einer existenziellen Einflussnahme durch Politiker oder Regierungsmitglieder auf Reporter und Redakteure von vorne herein ausgeschlossen ist. Insofern befürwortet VIVANT-Ostbelgien die Absicherung des BRF als öffentlich-rechtliche Einrichtung mit Beamtenstatut für seine Mitarbeiter. In diesem Rahmen spricht sich VIVANT auch gegen einen politisch besetzten Verwaltungsrat des BRF aus: Wir unterstützen vielmehr den Vorschlag zur Schaffung eines, aus der breiten zivilen Gesellschaft zusammengesetzten, Rundfunkrates. Aus diesem Rundfunkrat sollen dann die Mitglieder gewählt werden, welche zusammen mit den stimmberechtigten Mitgliedern des BRF -Direktionsrates den Verwaltungsrat des BRF bilden.

Wir sind ebenfalls der Meinung, dass dann diese Gremien auch autonom zuständig sind für das Programm und für die wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen.

Der Politik d.h. der Regierung und dem Rat der DG obliegt die Festlegung der Höhe der Dotation, die übergeordnete Entscheidung der Auftragspräzisierung und der Schwerpunktsetzung, wobei auch auf die notwendige Planungssicherheit und eine längerfristige Garantie der Finanzmittel geachtet werden muss.

In Bezug auf die Rundfunk- und Fernsehgebühren sollte geprüft werden, inwieweit diese Gebühren nicht ganz, so wie schon in der Flämischen Gemeinschaft, gestrichen werden können. Rundfunk und Fernsehen sind in unserer Gesellschaft kein Luxus sondern eine notwendige Informationsquelle und ein unverzichtbares Mittel gegen den gesellschaftlichen Ausschluss! Außerdem ist eine Steuer, die man nur schwer und nur mit großem Aufwand kontrollieren kann, eine ungerechte Steuer, die möglicherweise zu noch mehr Steuerunehrlichkeit führt. Das Ziel von VIVANT ist aber Steuerangemessenheit und dann aber auch Steuerehrlichkeit!

b. Frauen- und Familienpolitik

. Die Frauenliga der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat zum Wahljahr 2004 ein Positionspapier veröffentlicht, mit deren Aussagen VIVANT-Ostbelgien weitgehend einverstanden ist. Für VIVANT sollte jede Frau, wenn sie dies wünscht, die Möglichkeit zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit erhalten. Allerdings versteht VIVANT auch die Arbeit als Hausfrau und erziehende Mutter als berufliche Tätigkeit, welche von der Gesellschaft finanziell honoriert werden muss. Deshalb hat das von VIVANT geforderte personenbezogene Basiseinkommen in doppelter Hinsicht eine positive Auswirkung: Nicht nur die Mutter, sondern auch der Vater kann sich mit dem Basiseinkommen frei von Existenznöten zu einer Periode der Kindererziehungs-Tätigkeit entscheiden.

VIVANT-Ostbelgien unterstützt die Forderung der Frauenliga, alle Politikbereiche auf ihre speziellen Auswirkungen für die Frauen hin zu untersuchen und entsprechend anzupassen.

. In einem Forderungskatalog äußert die regionale "Ligue des Familles" (Bund der Familien) in Verviers ihre Besorgnis bezüglich der zukünftigen Bezahlbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. Das VIVANT- Programm ist das einzige Partei-Programm welches die Lösung für die katastrophale Entwicklung auf dem Pensionssektor anbietet: Finanzierung nicht mehr wie bisher durch eine, noch von allen anderen Parteien befürwortete, Besteuerung der Arbeit, sondern durch eine Besteuerung des Konsums von Produkten. Vor allem an diesem Programmpunkt zeigt sich überdeutlich, dass VIVANT das einzige wirklich soziale Programm anbietet, und dass deshalb VIVANT von allen Frauen- und Familienorganisationen intensiv unterstützt werden sollte.

St.Vith, den 19-08-2004

Verfasser: Joseph Meyer, Klosterstrasse 40 – 4780 St.Vith